

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
62.
SITZUNG
19. 5. 1977

Presidente: VAJA

Indice

Interrogazioni e interpellanze

pag. 3

Inhaltsangabe

Anfragen und Interpellationen

Seite 3



Ore 10.20

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (segretario questore - S.V.P.): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 18.5. 1977.

DEMETZ (segretario questore - S.V.P.): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Si sono scusati i signori consiglieri: Pancheri, Nicolodi, Lorenzi, Benedikter, Avancini, Tomazzoni, Margonari, Tanas, Lorenzi, Molygoni, Müller, Piccoli-Rensi, Zanghelini e Betta.

Wenn keine Einwände erhoben werden, gilt das Protokoll als genehmigt.

Wir kommen zu Punkt 10, zum letzten Punkt, der vorliegenden Tagesordnung: Anfragen und Interpellationen.

Se non ci sono obiezioni, il processo verbale è da considerarsi approvato.

Punto 10) dell'ordine del giorno: "Interrogazioni e interpellanze".

Interrogazione n. 134 dei conss. Oberhauser, Spögl e Mayr, sulla sistemazione del valico del Brennero per evitare la caduta di slavine:

Sehr geehrter Herr Präsident!
Der Brennerpaß war tagelang unterbrochen und für sämtlichen Verkehr geschlossen.

Durch die starken Schneefälle im April 1975 sind am Brenner Lawinen abgegangen und - wie bekannt - fanden dabei auch sechs Menschen den Tod. Das Amt für Wildbachverbauung von Südtirol hatte daraufhin sofort ein Gesamtprojekt für die Verbauung der lawinengefährdeten Hänge am Brenner erstellt. Die Gesamtverbauung kam laut Kostenvoranschlag 2,5 Milliarden Lire zu stehen. Obwohl diese Verbauung laut Auto

nomiestatut ausschließlich in die Kompetenz des Staates fällt, hatte sich die Südtiroler Landesregierung trotzdem sofort bereit erklärt, die Verbauung auf Kosten des Staates durch das Amt der Wildbachverbauung durchführen zu lassen. Bis zum heurigen Wintereinbruch hätten die Arbeiten abgeschlossen werden können.

Die Staatsbehörde hatte aber taube Ohren für den konkreten Vorschlag der Südtiroler Landesregierung und hat bis zur Stunde überhaupt nichts unternommen. Die Folge ist, daß am Brennerpaß durch die starken Schneefälle und durch die akute Lawinengefahr für mehrere Tage die Eisenbahnstrecke, die Autobahn und die Staatsstraße gesperrt werden mußten und daher auch der internationale Verkehr lahmgelegt wurde, und diese Schließung des Verkehrs wird sich bei jedem stärkeren Schneefall wiederholen.

An diesen Tagen standen wenigstens 4.000 Fernlastzüge still. Für jeden Fernlastzug, der steht, rechnet man täglich 200.000 Lire Schaden. Das ergibt in drei Tagen 2,4 Milliarden Lire Schaden. Dabei ist die Ware, die verderblich geworden ist, noch nicht berechnet. Für Fernlastfahrer, die bei Schnee und Kälte und ohne Mittel drei Tage auf der Straße stehen bleiben müssen, heißt dies beinahe eine menschliche Tragödie durchstehen müssen. Dazu kommen noch die Schäden, welche der Wirtschaft durch die Einstellung des internationalen Schienenverkehrs zugefügt werden. Der Wintertourismus hat einen bleibenden Schaden, der besonders Südtirol sehr hart trifft, davongetragen. Die Angstpsychose, im Winter über den Brennerpaß zu fahren, wird bei den Feriengästen jahrelang anhalten.

Die Schäden, welche die Wirtschaft in diesen Tagen erlitten hat, sind enorm groß und machen ein Vielfaches von dem aus, was die Verbauung der lawinengefährdeten Hänge ausgemacht hätte.

Dies alles vorausgeschickt, erlauben sich die unterfertigten Regionalratsabgeordneten die Regionalregierung, welche auch Mitglied der Brennerautobahngesellschaft ist, die ebenso große finanzielle Einbußen hinnehmen mußte, zu befragen, ob sie nicht gedenkt, sofort und energisch in Rom bei allen zuständigen Ministerien und Stellen zu intervenieren, damit sofort die erforderlichen Geldmittel für die Verbauung des wichtigsten Passes in Europa bereitgestellt werden.

Illustrissimo Signor Presidente,

il passo del Brennero è stato bloccato per diversi giorni e pertanto chiuso al traffico di ogni genere.

Le abbondanti nevicate dell'aprile '75 causarono la precipitazione di lavine sul Brennero, la qual cosa costò - come noto - la vita a 6 persone. L'ufficio della Provincia di Bolzano preposto alla sistemazione dei bacini montani elaborò in seguito a questi avvenimenti subito un progetto completo per la sistemazione al Brennero dei pendii esposti al pericolo di valanghe, per un preventivo complessivo di 2.5 miliardi di lire. Sebbene tale sistemazione secondo lo statuto di autonomia rientra esclusivamente nelle competenze dello Stato, la Giunta provinciale di Bolzano si era dichiarata subito disponibile di far eseguire i necessari lavori dall'ufficio sistemazione bacini montani, naturalmente a spese dello Stato. I lavori relativi si sarebbero potuti ultimare per l'inizio di quest'inverno.

L'autorità statale ha fatto le orecchie da mercante a questa proposta concreta della Giunta provinciale dell'Alto Adige e non ha intrapreso fino ad oggi nulla in merito. Di conseguenza le abbondanti nevicate e l'acuto pericolo di valanghe hanno imposto per più giorni la chiusura del passo per il transito ferroviario e stradale di ogni genere, paralizzando così il traffico internazionale, la qual cosa si ripeterà in caso di ulteriori nevicate di una certa consistenza.

In questi giorni si sono dovuti fermare almeno 4.000 autotreni, il cui danno viene calcolato in media in 200.000 lire giornaliere per ogni autotreno fermo, senza includervi il valore della merce, che nel frattempo è deteriorata. Per gli autisti, che sono stati costretti per tre giorni a rimanere ai margini delle strade in mezzo alla neve ed al freddo, sprovvisti dei necessari mezzi, è significato affrontare una situazione, che sconfinava quasi in una tragedia umana. A ciò si aggiungano i danni causati all'economia per il blocco del traffico internazionale della strada ferrata. Il turismo invernale ha subito un danno permanente, che colpisce gravemente soprattutto l'Alto Adige. La psicosi ansiosa di transitare d'inverno attraverso il passo del Brennero rimarrà insita per lunghi anni nell'animo dei turisti.

I danni, subiti in questi giorni dall'economia, sono ingenti e molteplici, rispetto al costo dei lavori di sistemazione dei pendii esposti al pericolo di valanghe.

Ciò premesso, i sottoscritti consiglieri regionali si permettono di interrogare la Giunta regionale, che è socio

della società dell'autostrada del Brennero, la quale ha subito a sua volta gravi perdite finanziarie, per sapere, se l'organo esecutivo della Regione non intenda intervenire subito energicamente presso tutti i ministeri e organi competenti romani, affinché si rendano immediatamente disponibili i necessari mezzi finanziari per la sistemazione del più importante valico d'Europa.

La parola al cons. Oberhauser per l'illustrazione.

OBERHAUSER (S.V.P.): Diese Anfrage, die wir am 17. Jänner 1977 eingereicht haben und erst heute zur Behandlung kommt, hat trotz allem an Aktualität noch nichts eingebüsst. Die Gefahr ist zwar mittlerweile kleiner geworden und für heuer ist sie nicht mehr gegeben, weil inzwischen die Natur selber Sorge getragen hat und der Schnee weg ist, aber die Gefahr wird für das kommende Jahr trotzdem wieder da sein und wird wiederum aktuell werden.

Eine Feststellung darf ich vorausschicken. Wir, die diese Anfrage gemacht haben, haben die Regionalregierung noch nie so schnell reagieren sehen wie bei dieser Anfrage, wo sie sofort, sehr schnell, sehr prompt, auch sehr hart reagiert hat und sich für nicht kompetent erklärt hat. Dabei darf ich feststellen und sagen: Wir wollten der Regionalregierung auch nicht eine direkte Kompetenz und eine direkte Verantwortung geben, sondern wir haben die Regionalregierung nur gebeten, aufgefordert, in Rom zu intervenieren, damit diese Verbauung doch ehestens in Angriff genommen werden sollte. Wir verstehen eigentlich nicht, warum die Regionalregierung es einfach damit abgetan hat, zu erklären, sie sei nicht zuständig. Ich glaube, dass es alle Kräfte braucht und dass wir da wirklich gemeinsam und lautstark in Rom intervenieren müssen, denn es kann uns einfach nicht gleichgültig sein, ob der wichtigste Pass in Europa geschlossen oder offen ist. Es war doch Ironie des Schicksals, dass

zur selben Zeit, als am Brennerpass geschlossen war, die italienischen Politiker - an der Spitze der Ministerpräsident Andreotti - in Bonn waren und die anderen Minister in anderen Städten, um Arbeitsaufträge zu erhalten, was ja erwünschenswert und sehr lobenswert ist. Aber welchen Sinn hat es, wenn man sich um Wirtschaftsaufträge interessiert und kümmert, aber gleichzeitig den wichtigsten Zugang zum Staat sperrt und nicht Sorge trägt, dass dort eine lawinensichere Verbauung dieses wichtigsten Passes durchgeführt wird. Die Schäden, die dadurch entstehen, sind unwahrscheinlich hoch und nicht zu verantworten. Das ist nicht nur ein Problem, das uns hier in Südtirol angeht, das die Region angeht, sondern es ist ein nationales Problem. Das interessiert die ganze italienische Wirtschaft und deswegen ganz Italien. Ich möchte schon, mir die Frage erlauben: Ja, wieviel Tote braucht es überhaupt, damit man sich endlich rührt, damit man endlich konkret darangeht, etwas zu tun.

Unsere Anfrage hat sicherlich bewirkt, dass man wenigstens wieder davon gesprochen hat, dass man wiederum das Problem in allen Gremien als existent gesehen hat; sonst ist es doch üblich, dass ein Problem nur dann existent ist, wenn eine Katastrophe eintritt. Katastrophen haben wir gehabt. Italien hat es wirklich nicht notwendig und kann es sich nicht leisten, weitere, auch wirtschaftliche Katastrophen zu erleiden. Deswegen müssen wir alle bestrebt sein, dass wir diese Katastrophe, die wie ein Damoklesschwert über uns alle hängen muss und hängt, endlich beseitigen. Nur durch Worte und Verhandlungen ist es jedenfalls nicht möglich, diese Lawinenverbauung durchzuführen. Ich habe auch eine Stellungnahme des Regierungskommissärs gelesen, der uns korrigieren wollte und gesagt hat, dass

es nicht 4.000 Fernlastzüge, sondern 3.000 Fernlastzüge waren, die gestanden sind. Ich möchte darüber gar nicht diskutieren. Ich möchte nur dazu sagen und dazufügen: Wenn wir in unserer Anfrage gesagt haben, dass täglich 200.000 Lire Schaden pro Fernlast entstehen, so war das auch wiederum **niedrig** bemessen. Also dann sage ich: Es sind wenigstens 300.000 Lire täglich Schaden pro Fernlast entstanden und dann geht die Rechnung wieder auf. Ich glaube, nur mit solchen Argumenten kann man nicht operieren. Es muss unser gemeinsames Anliegen werden und sein, dass **endlich** konkret vorgegangen wird, um dieses Problem zu lösen.

Dass man hier auch die Kompetenzen nach allen Richtungen versucht abzuschieben, das ist **müssig**. Es ist einmal klar und erwiesen, dass laut Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut der Staat dafür **zuständig** ist; es ist nicht die Region **zuständig** und es ist auch nicht das Land **zuständig**. Deswegen wollen wir erreichen, dass wir durch eine gemeinsame, auch harte Sprache dem Staat gegenüber, diesen verpflichten, dass er die Mittel **flüssig** macht, damit endlich diese Verbauung durchgeführt wird. Dazu **müssen** wir uns alle, die wir Verantwortung **fühlen**, **auffragen**. Die Landesregierung hat versucht, sofort wenigstens Vorarbeiten zu machen. Wenn die Wildbachverbauung sofort ein Projekt ausgearbeitet und zur **Verfügung** gestellt hat, so hätte man eigentlich eine grosse Vorarbeit **vorgefunden** und man hätte rechtzeitig bereits, wenn man gewollt hätte, für den Winter 1976/77 den Brenner sicher machen **können**. Getan worden ist **überhaupt** nichts, mit Ausnahme, dass man sich eben gestritten hat, wer **zuständig** und nicht **zuständig** ist. Weiter sind wir auch heute noch nicht. Auch heute

wird über Kompetenzen gestritten und die helfen uns eben nicht, dieses Problem zu lösen. Wenn wir für den nächsten Winter wiederum dieselbe Situation am Brenner vorfinden, dann müssen wir schon überlegen, welche Konsequenzen das mit sich bringen kann. Wir haben heuer viel Glück gehabt mit dem Wetter, dass es sehr kalt war und dass nicht weitere Lawinen abgegangen sind. Aber dieses Problem bleibt eben aufrecht und ist da. Wir verstehen nicht, dass man dem einfach so zusieht, ohne konkret dieses Geld aufzubringen, das gemessen an den Schäden, welche der Wirtschaft insgesamt entstehen, sehr gering ist, denn die Angstpsychose besonders im Fremdenverkehr bleibt, solange nicht der Brennerpass abgesichert ist. Italien und wir in unserer Region können auf den Fremdenverkehr nicht verzichten. Er ist die Hauptkomponente der Wirtschaft für ganz Italien. Deswegen müssen wir alles daransetzen, damit diese Verbauung endlich durchgeführt wird. Wir haben es jedoch auch im Friaul ähnlich erlebt ! Es ist eine Tragödie festzustellen, wie langsam die Staatsbürokratie und der Staatsmechanismus in Bewegung zu setzen ist. Ja, wir haben feststellen müssen, dass die Auslandshilfe, die im Friaul eingesetzt hat und sehr konkret eingesetzt hat, dass die verpflichtet worden ist, sogar noch die Mehrwertsteuer und den Zoll zu zahlen. Also man hat nicht einmal Vorkehrungen getroffen, um wenigstens diejenigen, die unterstützend eingreifen wollen, von solchen Belastungen zu befreien. Das ist natürlich keine gute Reklame für weitere Unterstützungen.

Deswegen möchten wir noch einmal auch die Regionalregierung ersuchen, und wir appellieren an die Regionalregierung, auch ihrerseits Schritte in Rom zu unternehmen, wie sie die Landes-

regierung unternommen hat und unternimmt, aber gleich mit-
einzustimmen, dass wir endlich in Rom Gehör finden und dass
wir dieses Problem konkret einer Lösung zuführen. Ich muss
sagen: Das Brennerbahnkomitee hat sofort diese unsere An-
frage aufgegriffen und hat sofort von ihrer Seite Schritte
unternommen und die Anfrage richtig verstanden; sie haben
sie nicht missdeutet und haben sich auch sofort verantwort-
lich gefühlt, auch an kompetenter Stelle zu intervenieren.
Wir wollten nichts anderes durch diese Anfrage erreichen und
nachdem sie noch genauso aktuell ist, weil mittlerweile lei-
der nichts geschehen ist, was konkret eine Lösung bedeuten
würde, ersuchen wir und bitten wir die Regionalregierung, al-
les zu unternehmen, damit wir in Rom mit unserer gerechten
und berechtigten Forderung im Interesse ganz Italiens und
der Wirtschaft ganz Italiens endlich diesen Brennerpass ver-
kehrssicher gestalten können.

(Questa interrogazione, da noi presentata
il 17 gennaio 1977 e che viene trattata soltanto oggi, non ha
tuttavia perso di attualità. Il pericolo è nel frattempo rien-
trato per quest'anno possiamo stare tranquilli, avendovi provve-
duta la natura, ma il pericolo incomberà anche l'anno prossimo,
per cui il problema diverrà nuovamente attuale.

Mi si permetta comunque di premettere una constatazione. Noi
firmatari dell'interrogazione non abbiamo mai notato una così
immediata reazione della Giunta regionale come nel caso specifico,
in cui si dichiara incompetente con una certa durezza. A tal pro-
posito posso constatare ed affermare che non era nostra intenzione

adossare alla Giunta regionale competenze e responsabilità dirette, ma soltanto invitarla ad intervenire in sede romana, affinché venga dato finalmente inizio ai lavori di sistemazione. Non comprendiamo pertanto per qual motivo la Giunta regionale abbia voluto limitarsi semplicemente a dichiararsi incompetente. Sono dell'avviso che a tal proposito necessitino tutte le forze e che dovremo intervenire tutti ad alta voce, poichè non possiamo rimanere indifferenti di fronte alla chiusura o meno del più importante valico d'Europa. E' stata un'ironia della sorte, che proprio nel periodo di chiusura del passo del Brennero gli uomini politici italiani - capeggiati dal Presidente del Consiglio dei Ministri - si trovasse a Bonn ed in altri Paesi in cerca di commissioni di lavoro, la qual cosa è senz'altro degna di plauso. Mi chiedo comunque quale senso abbia intraprendere commissioni economiche, bloccando però nel contempo il più importante accesso allo Stato, senza provvedere ad eseguire opere antivalanga al valico di frontiera più importante. I danni che ne derivano sono ingenti, dei quali non è possibile rispondere. Non è un problema che interessa soltanto l'Alto Adige o il Trentino, ma anche l'intera nazione, vale a dire l'economia italiana. A questo punto mi permetto la domanda quanti casi mortali dovranno ancora verificarsi, prima che ci si decida a fare finalmente qualche cosa di concreto.

La nostra interrogazione ha certamente mosso le acque, se ne è nuovamente discusso e tutti i consessi si sono resi conto dell'esistenza del problema, che generalmente esiste soltanto in presenza di catastrofi, le quali si sono già verificate.

L'Italia non ha bisogno e non può permettersi di subire altri tracolli economici. E' pertanto nostro dovere eliminare tale pericolo, che pende come una spada di Damocle sul nostro capo. Sol tanto con parole e trattative non è possibile comunque concretizzare queste opere antivalanghe. Ho letto la presa di posizione del Commissario del Governo, con la quale ha voluto rettificare il numero degli autotreni bloccati, precisando che questi non erano 4.000, ma bensì 3.000. Non intendo naturalmente discuterne, ma soltanto aggiungere, che nella nostra interrogazione avevano indicato 200.000 lire di danni giornalieri per ogni mezzo commerciale, la quale cifra è da ritenersi troppo modesta, per cui calcolando per ogni unità 300.000 lire al giorno i conti ritornano comunque. Ritengo che con simili argomentazioni non si possa operare. Dovrà essere il nostro comune desiderio a risolvere concretamente il problema.

I tentativi di scaricare le competenze in ogni senso sono completamente inutili, essendo chiaro e provato che, come evidenziano le norme di attuazione allo statuto di autonomia, la relativa competenza cade nella sfera statale, per cui in tal senso Regione e Provincia sono fuori causa. E' proprio questo motivo che ci induce a richiedere un intervento comune in termini piuttosto duri presso gli organi statali, affinché si possano iniziare i necessari lavori, previa erogazione dei necessari mezzi finanziari. Noi tutti quindi, che ci sentiamo responsabili, dobbiamo impegnarci per il raggiungimento di tale obiettivo. La Giunta provinciale ha almeno cercato di

fare dei preparativi. Siccome l'ufficio sistemazione bacini montani ha elaborato a tal riguardo un progetto, credo che l'anticipazione di detto elaborato avrebbe permesso, se ci fosse stata la volontà, l'esecuzione delle necessarie opere per l'inverno 1976/77. Nulla di concreto è stato fatto, se non altro le lunghe discussioni sulle competenze e fino ad oggi non è stato compiuto alcun passo. Ancor oggi la questione delle competenze non è chiarita, la qual cosa non contribuisce a risolvere il problema. Se quindi il prossimo inverno al Brennero dovessimo trovare la stessa situazione, dovremmo sin d'ora considerare la portata delle relative conseguenze. Quest'anno il tempo è stato benigno, ha fatto molto freddo e pertanto non sono scese valanghe, ma ciò non toglie che il problema esiste tuttora. Non riusciamo a comprendere come si possa prendere atto di una tale situazione, senza reperire i necessari mezzi finanziari, che sono piuttosto modesti, commisurati naturalmente al danno economico in generale, poichè la psicosi nel settore turistico rimarrà, finchè ^{per} si sarà provveduto a rendere sicuro il passo del Brennero. L'Italia e pertanto anche la nostra Regione non possono rinunciare al turismo, per cui, ripeto, non dovremo lasciare intentata nessuna via per veder realizzata l'opera tanto desiderata. Anche nel Friuli abbiamo dovuto constatare quale è la situazione! E' tragico dover affermare, quanto sia lenta la burocrazia e tutto il meccanismo statale a mettersi in moto. Gli aiuti provenienti dall'estero, che hanno offerto un ausilio concreto, hanno dovuto soggiacere alla dogana ed all'IVA. Non ci si è premurati a sollevare da tale onere coloro, che desideravano

porgere una mano, la qual cosa non è certamente un bel biglietto da visita per ulteriori aiuti.

Per questo motivo vorremmo pregare nuovamente la Giunta regionale, alla quale volgiamo il nostro appello, di voler intervenire in sede romana, seguendo l'esempio della Giunta provinciale, nella speranza che gli organi competenti ci prestino finalmente orecchio ed avvino a soluzione il problema in parola. Devo dire che il comitato per il Brennero ha subito accolto la nostra interrogazione ed ha compiuto i possibili passi, avendo ben compreso il significato del nostro intervento; questa non è stata infatti distorsa nella sua interpretazione e la voce del comitato in parola non si è fatta attendere. Con quest'interrogazione non ci proponiamo nient'altro e siccome è ancora attuale, non essendo nel frattempo sopraggiunti i nuovi fatti, preghiamo nuovamente la Giunta regionale di voler fare tutto, per vedere accolte a Roma le nostre giuste richieste e rendere finalmente sicuro il valico del Brennero nell'interesse di tutta l'economia e della nazione.)

PRESIDENTE: La parola al Presidente Marziani.

MARZIANI (Presidente G.R.-D.C.): Io do atto volentieri ai consiglieri interroganti della importanza della questione, ma non lo dico io soltanto, l'hanno detto l'avv. Kessler e anche l'avv. Mengoni, i quali, poichè la questione è cominciata nella sua tragicità nel 1975, sono intervenuti tempestivamente in sede nazionale per cercare di porre sul tappeto la questione e di arrivare possibilmente a una qualche soluzione. Ripeto, è dal '75 che il problema è sul tappeto, però tutti sappiamo che non è interessato un ente solo, bensì vari enti con amministrazioni separate: l'Anas, l'Autostrada, le Ferrovie dello Stato.

E quando ci sono vari enti interessati, il discorso si fa ovviamente più complicato. Le ricerche sono state

fatte, qualcuno aveva proposto anche soluzioni di natura tecnica, oltre che di natura finanziaria, al di fuori e al di là della semplice posa in essere di antivalanghe che potessero tamponare una situazione. Si era pensato addirittura a delle gallerie, a delle nuove opere d'arte per quanto riguarda le ferrovie e anche la viabilità su strada, ma logicamente discorsi di questa natura portano molto lontano nel tempo e probabilmente le soluzioni sono da inserire e da indicare in entrambi le direzioni, cioè sia per un'opera di tamponamento per quanto riguarda la possibilità di precipitazioni di valanghe, sia per soluzioni definitive, che comportino anche tracciati diversi per la strada e per la ferrovia. Ora però, ripeto, questi sono discorsi che vanno molto per le lunghe e certamente non ci dobbiamo basare soltanto sulle possibilità di nuovi progetti per quanto riguarda la viabilità del passo del Brennero.

Oltre a questi tentativi, a queste proposte di soluzione tecnica, la complicazione della questione riguarda soprattutto le competenze a intervenire e qui bisogna fare una precisazione, perchè purtroppo il discorso della competenza comporta anche necessariamente il discorso dell'impegno finanziario. Se una competenza è demandata a un determinato ente, è chiaro che logicamente anche la competenza finanziaria è attribuita allo stesso ente, ma nel momento in cui sono in discussione le competenze di natura specifica, ovviamente nessuno si impegna sul piano finanziario a produrre alcun che. Ora lei sa che, per esempio, parecchi di quegli enti interessati hanno in corso presso l'Avvocatura dello Stato la richiesta di chiarificazione per quanto riguarda la competenza per intervenire tanto per essere tranquilli in un domani, nel momento in cui si interviene, onde possano anche erogare quei fondi necessari per completare le opere che diligentemente il servizio bacini montani della provincia di Bolzano ha predisposto. Per esempio le Ferrovie dello Stato hanno in corso un approfondimento di natura giuridica, per vedere qual è la competenza loro a intervenire in questo settore, presso l'Avvocatura dello Stato, senza avere a tutt'oggi ancora una risposta definitiva.

A questo punto cosa dobbiamo fare? Non certamente soltanto attendere che altri decidano sulla competenza propria e quindi sulla necessità di intervento, quanto invece quanto dice lei, io lo sottoscrivo in pieno, e cioè intervenire in sede nazionale, perchè ci si sbrighi da questo punto di vista e perchè ci si trovi attorno a un tavolo, anche

per definire i settori nei quali ciascuno possa fare la propria parte. Io credo che a questo tavolo anche la Provincia di Bolzano debba essere presente quale competente per quanto riguarda la protezione, per quanto riguarda la sistemazione dei bacini montani, e quindi abbia una parola determinante da dire, ma certamente ci deve essere l'ANAS, certamente ci deve essere l'Amministrazione delle Ferrovie dello Stato, certamente ci deve essere anche una rappresentanza statale per quanto riguarda i lavori pubblici, certamente l'Autobrennero, e penso anche la Regione. La Regione non si tira indietro, non è che abbia mai affermato di non avere competenze, non ha una competenza specifica, diretta, ma il problema è di natura, come lei ha giustamente annunciato e come avete anche detto nella vostra interrogazione, di natura addirittura sovraregionale e internazionale, per cui la Regione non si può tirare indietro. Quindi l'insistenza da questo punto di vista e la pressione a Roma, perchè ci si trovi finalmente tutti assieme a decidere un qualche cosa, mi pare indispensabile.

Ritengo che la decisione vada presa, inizialmente, certamente nella direzione in cui è stata indicata, cioè nel costruire opere di difesa perchè la valanga non avvenga; che poi si possano anche predisporre strumenti nuovi e tracciati nuovi per la sede viaria e per la sede ferroviaria, questo è un discorso certamente che non possiamo sottendere e che vediamo volentieri, ma certamente è dilazionato nel tempo e non inficia il primo tipo di intervento che deve essere fatto.

PRESIDENTE: Wünschen die Auftragesteller noch zu erklären, ob sie sich mit der Antwort des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses zufrieden geben oder nicht? Sie haben fünf Minuten Zeit, um dies zu erläutern. Es hat das Wort der Abgeordnete Mayr.

I firmatari dell'interrogazione desiderano esprimere la loro soddisfazione o insoddisfazione in merito alla risposta del Presidente della Giunta regionale? Hanno 5 minuti di tempo per la loro dichiarazione. La parola al cons. Mayr.

MAYR (S.V.P.): Um es gleich vorwegzunehmen, Herr Präsident, ich möchte erklären, daß ich mit der Beantwortung, - ich glaube auch namens der Kollegen, - nicht zufrieden bin, weil diese Antwort klar ergeben hat, wie uninformiert ...

(Desidero subito anticipare, Signor Presidente, e credo di poter parlare anche a nome dei colleghi, di non essere soddisfatto della risposta, poichè da questa traspare chiaramente, quanto poco informato.....)

PRESIDENTE: Per chiarire, perchè vedo che qui c'è un po' di perplessità. I firmatari possono dichiararsi soddisfatti o non soddisfatti. Hanno firmato Oberhauser, Mayr, e Spögl. Dunque lei, come interpellante, può dichiararsi soddisfatto o meno. Solo per chiarire.

MAYR (S.V.P.): Ich möchte erklären, daß ich mit der Beantwortung, zumindest für den Bereich, der mich betrifft, nicht zufrieden bin. Das gilt natürlich nicht der Präsidentschaft Marziani, denn der vorhergehende Präsident Mengoni hat eine Stellungnahme unterschrieben, die jedenfalls in der parlamentarischen Tätigkeit in der Region ein völlig neuer Stil eines gereizten Funktionärs war. Das möchte ich hier erklären. So schreibt man nicht, wenn man acht Tage später im Regionalauschuß beschließt, dem Brennerverkehrs Komitee beizutreten. Ist das erfolgt oder ist es nicht erfolgt. Die Frage möchte ich zusätzlich stellen.

Herr Präsident Marziani! Das Land Südtirol, vertreten durch

meine Person, war am 4. Februar beim Innenministerium, bei Ministerium für Landwirtschaft, beim Ministerium für öffentliche Arbeiten, bei der Generaldirektion der ANAS, bei der Generaldirektion der Staatsbahn; am 5. Mai d.J. ebenfalls. Über unsere Veranlassung wird Ende dieses Monats eine gemeinsame Besprechung stattfinden, um die Kompetenzfrage endgültig zu klären. Aber lassen Sie mich die Kompetenzfrage hier protokollarisch festhalten. Artikel 19 der Durchführungsbestimmungen zum Sachbereich: "öffentliche Arbeiten" erklärt taxativ als Ausnahmebestimmung, daß die staatliche Zuständigkeit aufrechterbleibt für den Bereich der Staatsbahnen, der Staatsstraßen und der Autobahnen. Dies einmal! Wenn auch dieser Artikel nicht vorhanden wäre, als taxative Ausnahmebestimmung, so würde jenes Grundgesetz 523 vom Jahre 1904 gelten, das im Artikel 10 bis 12 erklärt: Alle Erhalter von Verkehrswegen ("titolari di vie di comunicazione" heißt es) sind verpflichtet, die Schutzmaßnahmen gegen Murbrüche, Lawinenabgänge usw. im Projekt vorzusehen. Ich bezweifle, daß hier Baubewilligungen/ausgegeben werden dürfen, ^{sogar} ~~oder~~ ^{hätten} ohne daß diese Schutzmaßnahmen nicht enthalten sind. Daß die in wirtschaftlicher Krise dahinsinkende Brennerautobahngesellschaft nun hergeht und mit ^{levantischem} Gutachten die Kompetenzen abstreitet, das ist ein Höchstmaß, wenn man bedenkt, daß die Region und die Länder Bozen und Trient Mitglied dieser Brennerautobahngesellschaft sind. Es ist deswegen ein Höchstmaß, weil diese Brennerautobahngesellschaft sich ja verpflichtet fühlt, im Ausland -, jedenfalls im Bayerischen

Wirtschaftsministerium, ist ein solches Schreiben angekommen, herumzuschreiben, nicht sie - sie hätte längst schon alles gemacht - aber die Provinz Bozen ist zuständig. Ich frage: Was ist öffentlicher Notstand? Ein Toter, zehn, fünf, 20, 50, 60? Das möchte ich wissen. Hier soll Herr Professor Benvenuti oder "Benvenuto" für die Brennerautobahn, einmal klären, wer zuständig ist und nicht, die positiven Rechtsnormen vorausschicken und dann 30 Seiten zu philosophieren, was Notstand ist und was nicht Notstand ist. Der menschliche Notstand in erster Linie und der wirtschaftliche in zweiter, 3.000 Lkw auf Südtiroler Seite, 800 auf Tiroler Seite und in Bayern hat man sie nicht fahren lassen.

Ich möchte noch etwas hier anführen.

PRÄSIDENTE: Entschuldigung Herr Abgeordneter. Ich ersuche Sie, sich möglichst darauf zu beschränken, zu erklären, ob Sie mit der Antwort des Herrn Präsidenten zufrieden sind oder nicht.

MAYR (S.V.P.): ... Ich bin, sehr geehrter Herr Präsident, sofort fertig. Ich möchte nur die Gelegenheit wahrnehmen, um zu erklären, daß aufgrund der persönlichen Kontakte, die wir in Rom gepflogen haben, festgestellt werden konnte: erstens, daß die hier gelaufenen Bemühungen und Besprechungen in Rom nicht einmal bekannt waren, ad eins; zweitens, daß die Kontakte mit ANAS, Staatsbahn usw. schon so weit gediehen gewesen waren, daß bereits ein schriftliches Übereinkommen im Landesausschuß genehmigt gewesen ist; drittens, möchte ich erklären, daß die italienische Regierung, die von unserem ~~kaukx~~ Landeshauptmann

bereits nach dem 5. April 1975 sofort informiert wurde, gute Gelegenheit gehabt hätte, in jenem Wirtschaftsankurbelungedekret 376 und 377 vom Herbst 1975 die Mittel vorzusehen, genauso wie sie für die defizitären Geschäfte des Flughafens Fiumicino mit 5 Milliarden Lire vorgesehen sind. Was in Lecco bei einer Naturkatastrophe für den Staat billig war, muß am Brenner recht sein. Das glaube ich, muß ich hier erklären. Deswegen werden wir darauf bestehen, auch wenn hier Gutachten eingeholt werden. Es ist sehr interessant, daß die Staatsbahn nun angeblich nach Aussage des Herrn Präsidenten Gutachten einholt, wenn sie sich bereits schriftlich bereit erklärt hat, Ende dieses Monats mit uns zusammensitzen. Deswegen möchte ich nochmals bemerken: Ich bin nicht mit der Aussage des Präsidenten Marziani unzufrieden, sondern weil hier eine Haltung eingenommen wird, die ich schon einmal in einem Interview definiert habe: Der Staat Italien trägt sich so, wie ein trotziger Junge, der die Hosen voll hat und sich wundert, daß es rings um ihn herum stinkt!

(Desidero dichiarare, che non sono soddisfatto della risposta, almeno per la parte che mi riguarda. Quanto sto per dire non è rivolto naturalmente alla Presidenza Marziani, poiché il suo predecessore, il Presidente Mengoni, ha sottoscritto una presa di posizione di nuovo stile per l'attività parlamentare della Regione, paragonabile a quello di un funzionario irritato. Tanto desideravo dire in questa sede. Questo non è il modo di scri-

vere, avendo la Giunta deciso, se anche otto giorni più tardi, di entrare nel comitato per il traffico del valico del Brennero. Tutto questo è o non è avvenuto? Mi si permetta di porre tale domanda.

Signor Presidente Marziani! La Provincia di Bolzano, rappresentata dalla mia persona, è intervenuta il 4 febbraio al Ministero degli interni, al Ministero per l'agricoltura, al Ministero per i Lavori Pubblici, alla Direzione Generale dell'ANAS ed infine alla Direzione Generale delle Ferrovie dello Stato. Detto intervento è stato ripetuto il 5 maggio c.a. Su nostra richiesta, alla fine di questo mese avrà luogo un incontro, per chiarire definitivamente la questione delle competenze. Mi si permetta di far verbalizzare in questa sede la problematica in parola. L'articolo 19 delle norme di attuazione, concernenti i "Lavori Pubblici" prevedono tassativamente, come norma di eccezione, che le ferrovie dello Stato, le strade statali e le autostrade "rimangono di competenza dello Stato. Anche in assenza di tale articolo, varrebbe comunque la legge basilare dell'anno 1904 n.523, i cui articoli 10,11,12 prevedono: E' fatto obbligo a tutti i titolari di vie di comunicazione di prevedere nel progetto le opere di protezione contro smottamenti valanghe ecc. Dubito addirittura che senza queste opere di protezione si potesse rilasciare le relative licenze. La società dell'autostrada del Brennero, che sta accusando la crisi economica, ha superato ogni limite con i suoi pareri levantini, in base ai quali intende negare le competenze, tanto più che la Regione e le Province di Bolzano e Trento partecipano a predetta società. E' stato varcato ogni limite, poichè i responsabili dell'Autobren-

nero si sono sentiti in dovere di inviare all'estero, almeno al ministero bavarese, preposto all'economia, è pervenuto uno scritto in cui si faceva presente che la competenza è della Provincia di Bolzano, e non della società, altrimenti quest'ultima avrebbe già provveduto da tempo alle opere in parola. Mi chiedo quindi che cosa si voglia intendere per stato di emergenza. Un morto? oppure 5, 10, 20, 50 o 60? Lo desidero sapere. Il prof. Benvenuti o "Benvenuto" chairisca una volta per tutte alla società in parola la questione delle competenze, anziché premettere le norme giuridiche positive e filosofare per 30 pagine sul concetto dello stato di emergenza. Innanzitutto viene lo stato di emergenza umano e poi quello economico; 3.00 autotreni sul versante sudtirolese, 800 su quello tirolese e bavarese sono stati bloccati.

Mi si permetta di aggiungere ancora qualche cosa.

PRESIDENTE: Mi scusi signor consigliere. La prego di limitarsi il più possibile alla dichiarazione, se è soddisfatto o meno della risposta del Signor Presidente.

Mayr (S.V.P.) : Illustre Presidente, termino subito. Desidero soltanto cogliere l'occasione per dichiarare, ^{da} che contatti personali avuti in sede romana è risultato che gli sforzi compiuti in loco ed i relativi colloqui non erano noti a Roma; secondo: i contatti con l'ANAS le ferrovie dello stato ecc. erano già a buon punto, dato che la Giunta provinciale aveva già approvato un accordo scritto; terzo: vorrei dichiarare che il governo italiano, che era già stato informato dopo il 5 aprile 1975 dal nostro Presidente della Giunta provinciale, aveva avuto occasione

di prevedere i necessari mezzi finanziari nei decreti 376 e 377 dell'autunno 1975, con i quali si intendeva dare impulso alla economia, tanto più che per il bilancio deficitario dell'aeroporto di Fiumicino in quel periodo erano stati stanziati 5 miliardi di lire. Ciò che per lo stato era giusto fare a favore di Lecco, colpita da una catastrofe naturale, dovrebbe essere giusto anche per il Brennero. Credo che questo vada detto. Insisterò sulla mia tesi, nonostante tutti i pareri giuridici. E' molto interessante il fatto che, secondo le affermazioni del signor Presidente, le ferrovie dello stato hanno richiesto un altro parere, sebbene si siano dichiarate disposte ad incontrarsi con i rappresentanti della Provincia alla fine del mese. Faccio pertanto osservare che sono insoddisfatto della risposta del Presidente Marziani di per sè, ma bensì dell'atteggiamento da me già definito in un'intervista: "Lo Stato italiano si comporta come un ragazzo caparbio, che ha i pantaloni pieni e si meraviglia della puzza che lo circonda.)"

PRESIDENTE: Grundsätzlich möchte ich feststellen - nicht zu dieser Anfrage im besonderen, sondern generell: Wenn wir heute als Regionalrat ausschliesslich zur Behandlung von Anfragen und Interpellationen zusammengekommen sind, so möchte ich unterstreichen, dass dies mit Absicht geschehen ist, weil auch das Präsidium der Einrichtung der Anfragen und Interpellationen die Bedeutung beimessen will, die Sie verdient. Es soll nicht so sein, dass Anfragen und Interpellationen immer nur am Rande und am Ende einer ermüdenden Sitzung behandelt werden, weil ich glaube, dass in der parlamentarischen Demokratie den Anfragen eine besondere Wichtigkeit beizumessen ist. Das ist der Grund, warum wir heute - wenn auch nur zu einer kurzen Sitzung - ausschliesslich zur Behandlung von Anfragen und Interpellationen zusammengekommen sind.

Wir kommen zur nächsten Anfrage.

Desidero fare una constatazione di massima, non in merito alla presente interrogazione in particolare, ma in linea generale: se il Consiglio regionale è stato oggi convocato esclusivamente per trattare interrogazioni ed interpellanze, desidero sottolineare che questo è avvenuto intenzionalmente, essendo anche volontà della Presidenza di attribuire all'istituto delle interrogazioni ed interpellanze l'importanza che gli compete. Le interrogazioni ed interpellanze infatti non vanno sempre trattate marginalmente alla fine di una seduta pesante, essendo io del parere che in una democrazia parlamentare all'istituto in parola deve essere data una particolare importanza. Questo è il motivo, per il quale ci siamo riuniti, se anche per una breve seduta, per trattare esclusivamente interrogazioni ed interpellanze.

Facciamo alla prossima interrogazione.

Interrogazione n. 135 del cons. Fedel sulla situazione del comune di Folgaria:

Il sottoscritto cons. reg. dott. Domenico Fedel,

visto il D.L. 17 gennaio 1977, n. 2, art. 9; con il quale, fino al 31 dicembre 1977 vengono bloccate tutte le assunzioni di personale da parte degli Enti locali;

presa visione della lettera del Sindaco di Folgaria, datata 25 gennaio 1977, indirizzata ai Presidenti del Consiglio provinciale e regionale;

nella convinzione che le argomentazioni addotte alla opposizione al già citato decreto-legge siano fondate su solidi e logici motivi,

chiede

di interrogare il signor Assessore agli Enti locali per sapere:

- a) se condivide o no il pensiero del Consiglio comunale di Folgaria;
- b) se non ritiene opportuno di intraprendere qualche azione allo scopo di ottenere l'abolizione del D.L. 17 gennaio 1977, n. 2, art. 9;
- c) in subordine, nell'impossibilità di ottenere quanto richiesto al punto b), se non ritiene opportuno adoperarsi per ottenere una deroga al D.L. citato, almeno per quanto riguarda la sostituzione del personale in congedo temporaneo;
- d) se non ritiene opportuno dare il massimo appoggio a quanto richiesto dal Consiglio comunale di Folgaria nella lettera sopra citata.

In base al Regolamento chiede risposta scritta.

Con osservanza,

Prego, lei chiede la parola sul regolamento?

VIRGILI (P.C.I.): La ringrazio. Lei ha sollevato questo problema, noi non vogliamo sindacare sul fatto che lei abbia convocato o meno la seduta, o si potesse o meno trattare questa interrogazione orale nella giornata di ieri o di oggi, ma per pregarla invece,) è una richiesta formale, l'avevo già rivolta nella giornata di ieri -, di provocare un incontro dell'Ufficio di Presidenza e dei capigruppo per affrontare alcune delle questioni più immediate, anche parziali, che possano snellire e qualificare i lavori del nostro Consiglio. A noi sembra che non sia più giustificato il fatto che un'Assemblea si ritrovi, con quanto comporta dal punto di vista costi, non costi, tempi che possono essere utilizzati in altri campo, si ritrovi per ascoltare un colloquio privato fra un singolo interrogante che chiede risposta scritta e la lettura della risposta che viene fatta da parte dell'assessore competente. Quindi, chiediamo che almeno questa parte del regolamento venga modificata rapidamente, perchè al di là delle interrogazioni orali con risposta orale, le altre vengano date solo come comunicazione. I singoli consiglieri ne sono informati con la fotocopia che arriva loro, se hanno interesse sollevino in al

tre sedi il problema, ma non vediamo il perchè un'Assemblea, legislativa politica, che vuole essere importante, al di là della limitatezza delle funzioni, debba essere mortificata in questo modo, nel senso di stare ore e ore a sentire questo tipo di colloquio privato sul quale non può interferire. Penso che le risposte scritte possono venire comunicate e basta, quindi non se ne dia lettura nè nella fase dell'interpellanza, nè nella fase della risposta, nell'ambito dell'aula del Consiglio. Noi volevamo pregare di andare a questo incontro e di vedere queste cose, non attendere di modificare tutto il regolamento, perchè per voler fare le cose ottime, lasciamo passare gli anni e non facciamo nemmeno quelle parziali. Cominciamo ad aggredire le piccole questioni che emergono dai comportamenti, dai lavori, dall'esperienza che compiamo assieme, e vediamo di rinnovarle da questo punto di vista.

PRESIDENTE: Sì, lei ha toccato un problema che riguarda appunto il regolamento. Noi possiamo intanto solo attenerci a quanto dispone il regolamento, il quale anche si affianca ad altri regolamenti parlamentari, sia della Camera di deputati che dei Consigli provinciali, e lei sa che stiamo lavorando per il rinnovo totale del regolamento, c'è una apposita commissione. Ci troveremo senz'altro nel Collegio dei capigruppo a discuterne. Vorrei ancora aggiungere che non si tratta proprio di colloqui privati, perchè i temi che un consigliere propone in una interrogazione sono di interesse generalmente più ampio che non questioni piccole e private.

Comunque, il regolamento è così per ora, e se domani sarà cambiato si potrà fare diversamente.
Leggo la risposta dell'assessore Bertorelle di data 25 febbraio 1977:

«Oggetto: interrogazione del consigliere regionale dott. Domenico Fedel - Cons.reg.prot.n. 1240 dell'11 febbraio 1977.

Vista l'interrogazione n. 135 dell'8 febbraio 1977, con la quale la S.V. Ill.ma chiede di interrogare l'Assessore regionale agli Enti locali sui problemi derivanti agli Enti locali della Regione dall'emanazione del D.L. 17 gennaio 1977, n. 2, con particolare riguardo alle disposizioni contenute nell'art. 9 del

predetto decreto-legge che fa divieto ai Comuni di assumere, a qualunque titolo, nuovo personale, si tiene a precisare che tali problemi sono stati ampiamente dibattuti nella seduta della Giunta regionale del 3 febbraio 1977.

La Giunta regionale, in tale sede, aveva incaricato l'Assessore competente ad intervenire presso tutti i Parlamentari eletti in circoscrizioni o collegi della nostra Regione al fine di adoperarsi per la non estensione al territorio delle province di Trento e Bolzano, delle disposizioni contenute negli artt. 8 e 9 del decreto-legge n.2, in sede di conversione in legge dello stesso.

Si è infatti intimamente convinti che l'autonomia legislativa prevista dall'art.65 del nuovo statuto di autonomia, conferisca alla Regione competenza primaria in materia di ordinamento del personale dipendente dai Comuni, ed a tale riguardo la Regione ha già legiferato con la legge 11 dicembre 1975, n.11. Inoltre, le disposizioni contenute nel D.P.R. 18 marzo 1975, n.473, concernente norme di attuazione dello Statuto di autonomia in materia di finanza locale, danno alle due Province autonome di Trento e Bolzano, competenza specifica in materia di autorizzazioni di finanza locale.

L'on.avv. Hugo Gamper, componente della Commissione Parlamentare Finanze e Tesoro, facendo proprie le osservazioni avanzate dalla Giunta regionale, ha chiesto che la normativa contenuta negli artt. 8 e 9 del più volte citato decreto-legge n.2, non sia estensibile alla Regione Trentino Alto Adige ed in questo senso la Commissione ha fatto le sue proposte per la discussione in aula; la cosa Le è certamente già nota avendone parlato sia i notiziari RAI locali, che la stampa locale. Altri Parlamentari hanno assicurato il loro interessamento affinché la proposta abbia l'esito sperato.

Distinti saluti. »

Interrogazione n. 136 del cons. Tomazzoni circa la consulenza affidata al dott. Traversa in ordine alla riforma della RAI-TV:

Il sottoscritto Consigliere regionale del P.S.I. chiede alla S.V. di poter interrogare il signor Presidente della Giunta regionale al fine di conoscere i risultati della consulenza per lo studio dei problemi connessi con l'attuazione della riforma della RAI-TV in relazione alle competenze regionali, affidata al dott. Francesco Traversa con deliberazione della Giunta regionale n. 1021 del 9 novembre 1976.

Chiede inoltre se è possibile consegnare anche ai Consiglieri regionali il testo scritto della suddetta consulenza, accompagnato dai quesiti formulati dalla Giunta al consulente.

A norma di Regolamento si chiede risposta scritta.

Con distinti saluti.

Leggo la risposta del Presidente della Giunta Marziani, di data 22.2.1977:

«
Egregio Consigliere,

rispondo all'interrogazione n. 136 con la quale Lei chiede di conoscere i risultati della consulenza affidata dalla Giunta regionale, con deliberazione n. 1021 dd. 9.11.1976, al giurista dott. Francesco Traversa per lo studio dei problemi connessi con l'attuazione della riforma della RAI-TV in relazione alle competenze regionali.

Corrispondendo alla richiesta rivoltami, allego copia del parere elaborato dal consulente in data 28 dicembre 1976 e contenente le risposte al quesito posto dalla Giunta regionale, la quale chiedeva al consulente di approfondire l'incidenza delle norme contenute nella legge statale 14 aprile 1974 n. 103 sulle competenze statutarie di cui all'art. 8 n. 4 e alle norme di attuazione contenute nell'art. 7 del D.P.R. 1.11.1973 n. 691.

In relazione all'interesse del problema esaminato e tenendo conto della Sua richiesta, ritengo che da parte della Presidenza del Consiglio regionale si possa procedere alla diramazione a tutti i Signori Consiglieri regionali del parere espresso dal consulente della Giunta regionale, unitamente al testo della presente risposta alla Sua interrogazione.

Distintamente »

Ill.mo Signore
Avv. Flavio Mengoni
Presidente della Giunta
della Regione Trentino-Alto Adige
T r e n t o

Trento, 28 dicembre 1976

Con riferimento all'incarico conferitomi relativamente allo studio dei problemi concernenti l'interpretazione coordinata delle norme in materia di diffusione radiofonica e televisiva, specie per quanto riguarda le questioni sulla competenza statale, regionale e provinciale, mi prego osservare quanto segue.

Il quadro normativo presenta anzitutto l'art. 8, n. 4) del nuovo Statuto di autonomia, il quale, con riferimento alla materia "usi e costumi locali ed istituzioni culturali; manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali", prevede per la Provincia di Bolzano la possibilità di realizzare dette manifestazioni anche con i mezzi radiotelevisivi, "esclusa la facoltà di impiantare stazioni radiotelevisive".

Le norme di attuazione (D.P.R. 1.11.1973, n. 691, art. 7) dispongono che "le attribuzioni dell'amministrazione dello Stato in materia di manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali con i mezzi radiotelevisivi, esercitate dagli organi centrali o periferici dello Stato, sono esercitate nell'ambito del proprio territorio, dalla provincia di Bolzano.....".

Già da queste prime ed essenziali disposizioni possono trarsi prime importanti indicazioni sul piano delle competenze. Non ignora lo scrivente che esiste una tendenza favorita dal maggior partito di lingua tedesca ad includere le competenze radiotelevisive nella più generale dizione dell'art. 8, n. 18) dello Statuto, riferentesi a "comunicazioni e trasporti", che sarebbe comprensiva anche delle "telecomunicazioni". Siffatta pretesa è da respingersi nel modo più reciso, avuto riguardo ai più elementari canoni ermeneutici. In primo luogo la dizione "comunicazioni e trasporti" sta ad intendere nella tradizione amministrativa italiana una materia abbinata ai mezzi di trasporto e di persone e cose. La

materia delle "telecomunicazioni" è sempre stata oggetto di speciale disciplina, di regola congiunta con quelle comunicazioni postali, telegrafiche e telefoniche. Accedere alla surriferita tesi di comodo significherebbe attribuire alla competenza legislativa ed amministrativa della Provincia di Bolzano tutte le comunicazioni di interesse provinciale, compresi il servizio postale, telegrafico e telefonico provinciale!

Se fosse così, ragionando per ipotesi, non si vedrebbe perchè la citata disposizione dello Statuto senta il bisogno di chiarire che tra le "comunicazioni e trasporti" sono compresi gli impianti a fune, per i quali avrebbe potuto sussistere dubbio, e non senta invece il medesimo bisogno di chiarimento per quanto concerne gli altri aspetti a dir poco inconsueti che la Provincia di Bolzano pretenderebbe vi fossero ricompresi.

In secondo luogo, sempre se così fosse in via di ipotesi, non si comprenderebbe la ragione per cui, al n. 4) dell'art. 8 dello Statuto, sia stato espressamente indicato il "mezzo radiotelevisivo" a proposito delle "manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali": specificazione del tutto superflua ove la diffusione radiotelevisiva locale fosse ricompresa sotto il n. 18); specificazione, al contrario, assai significativa proprio là dove esclude "la facoltà di impiantare stazioni radiotelevisive", che dovrebbe costituire l'attività più rilevante in un sistema attributivo di competenza, per giunta "primaria", in materia di "comunicazioni" in genere.

La migliore dottrina e la giurisprudenza della Corte Costituzionale paiono concordi nella ricostruzione del concetto di "materia" sulla base dei tradizionali oggetti dell'azione amministrativa. Sotto questo profilo, non par dubbio che la "materia" alla quale inerisce l'espresso richiamo al mezzo radiotelevisivo sia quella indicata al n. 4) dell'art. 8, rispetto alla quale, se le parole hanno un significato, la radiotelevisione si pone esclusivamente in modo strumentale, cioè quale mezzo di diffusione della cultura locale.

Deve pertanto escludersi, già sulla base delle suesposte considerazioni generali, una prospettiva di ampliamento delle competenze della Provincia di Bolzano in materia radiotelevisiva.

Occorre ora esaminare la situazione quale si presenta dopo l'entrata in vigore delle nuove norme statali in materia di diffusione radiofonica e televisiva (legge 14 aprile 1975, n. 103), specie per quanto riguarda gli ambiti di competenza regionale e provinciale. L'art. 48 di tale

legge dispone che "restano in vigore le disposizioni vigenti in materia di servizi di telecomunicazioni" (.....) attributive di competenza, nella stessa materia, alla Regione Trentino-Alto Adige, alla Provincia di Trento e alla Provincia di Bolzano, contenute nel t.u. delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.R. 31.8.1972, n. 670 e nelle relative norme di attuazione."

Premesso che nello Statuto di autonomia non è dato ravvisare alcuna attribuzione di competenza in questa materia alla Regione e alla Provincia di Trento, la citata disposizione della legge statale sulla radiotelevisione dev'essere interpretata come operativa di un richiamo generico allo Statuto, se ed in quanto quest'ultimo contenga norme attributive di competenza in favore dei tre Enti autonomi. In altre parole, lo Statuto può essere interpretato soltanto secondo se stesso, sulla base dei generali criteri ermeneutici, e non già sulla scorta di una disposizione di legge ordinaria dello Stato, che ha operato per giunta una misura di salvaguardia del tutto generica e pertanto irrilevante sul piano attributivo delle competenze come pure sul piano interpretativo.

Ammettere il contrario significherebbe distorcere gravemente i principi e sospettare fondatamente addirittura di incostituzionalità la legge ordinaria dello Stato, per l'ipotesi che abbia introdotto ampliamenti o restrizioni di normativa di efficacia costituzionale, qual è lo Statuto di autonomia.

D'altro canto nemmeno un'interpretazione assertamente sistematica potrebbe portare alla conclusione che il legislatore abbia inteso sostituire quasi di soppiatto la competenza della Regione con quella delle due Province di Trento e di Bolzano. Questa pretesa politica non è nuova, nè limitata alla materia della radio e della televisione. Lo scrivente ha già in altra occasione avuto modo di sottolineare che trattasi di pretesa politica "de iure condendo", che non trova alcun riscontro nelle norme vigenti. Da queste ultime emerge una autonomia "tripolare", che riserva alla Regione, espressamente ed intenzionalmente mantenuta in vigore, una serie di competenze spiccatamente ordinamentali ed una funzione politico-costituzionale di garanzia e di raccordo tra le due autonomie provinciali. E' fin troppo agevole osservare che le norme vigenti, finchè esistono, debbono essere rispettate, e che non è consentito forzarne il significato attraverso metodi interpretativi previsti dall'ordinamento.

Soggiungerei al riguardo che l'argomento di cui sopra mi sembra più forte e più persuasivo che non il richiamo alla formulazione del citato art. 48 in contrapposizione al criterio comunemente adottato da altre leggi statali dello stesso tipo, di "far salve le competenze" di Regioni o Province a norma dei rispettivi Statuti. Trattasi invero, più verosimilmente, di clausole di stile più o meno equivalenti quanto alla forma, accomunate invece dallo scopo specifico di far salve le disposizioni concernenti le competenze regionali e provinciali. Comunque anche quest'ultimo argomento letterale vale a rafforzare le conclusioni desumibili dallo spirito della normativa, e non già a sminuire la portata.

Nella materia in argomento può dunque partirsi dal "principio fondamentale", in forza del quale i servizi radio televisivi sono per la loro importanza tradizionalmente riservati allo Stato. Dopo l'entrata in vigore della legge n. 103 del 1975 bisogna indubbiamente fare i conti con questa nuova disciplina, che lascia un certo spazio alle Regioni. Trattasi peraltro di una legge di riforma assai importante, che, proprio per le ragioni prima esposte, investe in modo paritario tutto il territorio nazionale e tutti i cittadini. Con la conseguenza che, al di fuori di certe peculiari esigenze della Provincia di Bolzano, non sembra esservi spazio per una regolamentazione privilegiata in favore delle Regioni a Statuto speciale. Ne sono infatti coinvolte, oltre alla già rilevata importanza nazionale degli strumenti di diffusione radiotelevisiva, anche posizioni giuridiche primarie dei cittadini, com'è anche rimarcato dalle pronunce della Corte Costituzionale relative a questa materia.

Ne consegue che, secondo l'interpretazione più corretta dello Statuto e delle norme di attuazione, lo spazio di "specialità" lasciato alla Provincia di Bolzano concerne soltanto la materia delle "manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali". Consegue altresì che l'organizzazione del servizio, o meglio la partecipazione ad essa, sulla base della riforma introdotta dalla più volte citata legge n. 103 del 1975, compete alla Regione Trentino-Alto Adige su un piano di eguaglianza rispetto a tutte le altre Regioni a Statuto ordinario e speciale.

Nè è a credere che per effetto di tale conclusione si determinino degli inconvenienti di rilievo sul piano pratico. A parte il fatto che "adducere inconveniens" non è mai stato un valido criterio interpretativo, deve rilevarsi come in concreto nessun inconveniente si verifichi, posto che le

competenze indubbiamente riservate alla Provincia di Bolzano, specie dalle norme di attuazione, riguardano una particolare e più ristretta materia. Come è stato giustamente rilevato, alla Provincia autonoma di Bolzano sono state trasferite le competenze di cui al D.L.C.P.S. n. 428 del 3 aprile 1947, che riguardavano tra l'altro una Commissione, che era e rimane organo dello Stato, anche se l'art. 8 delle norme di attuazione ne demanda la designazione per la sede RAI di Bolzano al Consiglio Regionale. Ed è significativo, per incidens, osservare come tale potere di designazione sia stato attribuito al Consiglio Regionale: ad un organo, cioè, che si vorrebbe soppiantato da organismi provinciali.

Il Comitato Regionale previsto dall'art. 5 della legge n. 103 del 1975 ha invece una competenza per materia assai più estesa. Viene pertanto a cadere, sulla base dei principi, ogni possibilità di interferenze, sovrapposizioni, inconvenienti.

Chiarito pertanto che la competenza a costituire la Commissione ex art. 5 della legge n. 103 del 1975 appartiene alla Regione Trentino-Alto Adige, concludo segnalando possibili questioni derivanti dal regime delle trasmissioni in lingua italiana nella provincia di Bolzano. La ragione per cui lo Statuto di autonomia attribuisce a detta Provincia speciali competenze circa l'uso del mezzo radiotelevisivo sta nel fatto dell'esistenza di popolazioni di lingua tedesca e di lingua ladina: non certo per l'esistenza di una popolazione di lingua italiana. Se quest'ultima gode per ragioni tecniche del privilegio di ricevere programmi televisivi esteri - privilegio negato agli altri cittadini italiani - non pare sussistere ragione alcuna - non ostandovi alcun serio motivo tecnico - per privilegiare oppure danneggiare i cittadini di lingua italiana della Provincia di Bolzano sotto il profilo delle trasmissioni radiotelevisive. Si tratta di un argomento che esige un ulteriore ed approfondito esame, ma del quale si fa sin d'ora doverosa segnalazione a codesta on. Presidenza.

Rimanendo a disposizione per quant'altro dovesse occorrere, invio i più cordiali ossequi.

(dr. prof. Francesco Traversa)

Interrogazione n. 137 del cons. Manica sulla Camera di commercio di Trento:

Il sottoscritto Consigliere,

premessò che la Camera di Commercio, Industria e Agricoltura di Trento ha istituito in organico e recentemente ricoperto due posti di Vicesegretario attualmente occupati dal dott. a Beccara Giuseppe e dal dott. Tomasi Lino e ciò per reali o presunte necessità di organizzazione e di funzionalità dell'ente;

avuto sentore che il signor Presidente della Giunta provinciale di Trento ha richiesto la messa a disposizione della Provincia autonoma di Trento, in posizione di comando, di uno dei due Vicesegretari e più precisamente del dott. Tomasi Lino;

pur essendo nota la posizione critica del gruppo socialista sul mantenimento in essere e sulla opinabile funzione attuale delle Camere di Commercio in genere,

i n t e r r o g a

il signor Assessore regionale per le Camere di Commercio avv. Dubis per sapere:

- 1) se è a conoscenza di quanto in premessa;
- 2) se è stato, eventualmente, interessato alla cosa;
- 3) cosa pensa e come giudica, in senso generale, la richiesta e l'eventuale accoglimento della richiesta stessa avanzata dal signor Presidente della Giunta provinciale di Trento specie, ma non solo, in relazione alla funzionalità dell'ente ed alla sua migliore organizzazione ed efficienza.

L'interrogante chiede risposta scritta.

Leggo la risposta scritta dell'assessore Dubis, d.d. 24.3.1977:

«Egregio Consigliere,

rispondo all'interrogazione n. 137 di data 22 febbraio scorso per fornire alla S. V. gli elementi di conoscenza richiesti, in quanto rientranti nel potere di vigilanza sugli atti delle Camere di commercio, spettante alla Giunta regionale in base allo Statuto speciale.

Risulta allo scrivente che, con nota dd. 12 gennaio 1977, il Presidente della Provincia autonoma di Trento, nel fare presente la necessità di fronteggiare particolari situazioni di servizio dell'Ente autonomo, ha chiesto alla Camera di commercio di Trento di voler disporre il "comando" presso la Provincia stessa, per il periodo di due anni, del Vice Segretario generale dell'ente camerale, dott. Lino Tomasi.

La Giunta camerale di Trento, sentiti anche i rappresentanti del personale, con deliberazione dd. 31 gennaio 1977, n. 53, inviata per conoscenza alla Giunta regionale in data 25 febbraio 1977, decideva di rinviare ogni decisione in proposito, delegando il proprio Presidente ad una più approfondita indagine della questione.

Con successiva deliberazione dd. 14 febbraio 1977, n. 97, inviata per l'approvazione alla Giunta regionale in data 28 febbraio 1977, la Giunta camerale di Trento, udita la relazione del proprio Presidente sull'incontro avuto con il Presidente della Provincia autonoma di Trento in merito al richiesto comando, e preso atto dei vari aspetti del problema, decideva di autorizzare il comando del dott. Lino Tomasi presso la Provincia autonoma di Trento per il periodo 1° marzo 1977 - 28 febbraio 1979.

La deliberazione precitata è stata sottoposta, previa istruttoria da parte dell'Ufficio regionale competente, all'esame della Giunta regionale, la quale pur non muovendo rilievi di carattere generale sulla stessa, la ha respinta per una illegittimità inerente il trattamento economico spettante al dott. Tomasi nella nuova posizione.

E' da precisare che la Giunta regionale, nell'espletamento delle sue funzioni di vigilanza sugli atti camerali, esercita sugli stessi un controllo di sola legittimità e non anche di merito.

E' da ricordare infine che è allo studio un disegno di legge sul riordinamento degli Enti camerali, in ordine al quale non sembra per ora di doversi soffermare in attesa che vengano emanate le norme di attuazione dello statuto di autonomia in materia di Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura.

Distintamente.

Interrogazione n. 138 del cons. Fedel, sui dipendenti dell' ENEL di origine trentina, che prestano servizio fuori Regione:

Considerato che la "misura 118" dello Statuto di Autonomia, tendente a regolamentare la distribuzione e gestione dell'energia elettrica nella nostra regione, sta per essere emanata;

considerato che i dipendenti dell'ENEL della nostra regione che prestano servizio in altre province, riuniti in assemblea, hanno manifestato la volontà di poter rientrare nella loro terra, alla quale si sentono legati;

considerato che la quasi totalità di questi nostri conterranei sono stati obbligati a recarsi fuori provincia a seguito della legge di nazionalizzazione;

considerato che questi numerosi lavoratori e loro famiglie temono - con la nuova legislazione - di dover rimanere perpetuamente in esilio,

il sottoscritto consigliere regionale dott. Domenico Fedel chiede di interrogare il Presidente della Giunta regionale per sapere:

- 1) se è a conoscenza della richiesta dei dipendenti ENEL trentini e sudtirolesi di voler aver garantita la possibilità di rientro in terra natia anche dopo l'emanazione della "misura 118";
- 2) se non ritiene di dover appoggiare con ogni mezzo la richiesta di rientro di questi lavoratori di origine trentina e sudtirolese nella terra di origine;
- 3) se non ritiene di intervenire in prima persona per tutelare le legittime aspirazioni di questi nostri conterranei.

In base al Regolamento si chiede risposta scritta.

Con osservanza

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta Marziani, d.d. 14.3.1977:

« Egregio Consigliere,

mi è pervenuto in data 8 marzo il testo dell'interrogazione n.138 recante la data 25 febbraio, con la quale la S.V. mi chiede di intervenire in favore della richiesta avanzata dai dipendenti dell'ENEL di origine trentina ed altoatesina di poter rientrare nel territorio regionale in vista dell'entrata in vigore della norma di attuazione attuativa della misura n.118 del "pacchetto".

Al riguardo devo premettere che, in data 18.2.1977, i rappresentanti dei lavoratori di origine trentina e sudtirolese operanti in seno all'ENEL - Compartimento di Venezia - hanno indirizzato anche al Presidente della Giunta regionale una richiesta tendente a prospettare l'esigenza di rientrare nel territorio regionale per svolgere il proprio lavoro.

Devo peraltro precisare che tale segnalazione è stata piuttosto tardiva in quanto lo schema di decreto del Presidente della Repubblica contenente la norma di attuazione della misura 118 del "pacchetto" era già stato approvato dalla Commissione paritetica per le norme di attuazione in data 17 febbraio e trasmesso quindi al Governo per l'approvazione ed il successivo inoltro al Presidente della Repubblica.

Peraltro, la problematica prospettata dalla S.V. appartiene alla competenza delle due Province autonome in quanto il decreto per l'attuazione della misura 118 del "pacchetto" fa esplicito riferimento a competenze statutarie in materia di utilizzazione delle acque pubbliche e di energia elettrica assegnate alla competenza provinciale e non della Regione. Al quale riguardo è da tenere presente che l'art. 13 della norma di attuazione, recependo l'esigenza di assicurare il trasferimento di competenze da un sistema all'altro, ovvero dall'ENEL agli enti locali, in un quadro unitario, dà la facoltà alle due Province di attribuire alle rispettive Aziende speciali, istituite a norma dell'art. 10, personale, impianti e funzioni ora dell'ENEL, per gestire una fase transitoria senza limiti di tempo, in attesa che diventino operative le Aziende degli enti locali.

Distintamente. »

Interrogazione n. 139 del cons. Fedel, riguardante l'espropriazione di terreni per la costruzione dell'autostrada del Brennero:

Premesso che la Provincia Autonoma di Trento è azionista della S.p.a. Autostrada del Brennero;

premessso che per la costruzione del tronco Bolzano sud - Trento nord dell'Autostrada del Brennero venivano espropriate in CC. Grumo di San Michele all'Adige le pp. ff. 83/1, 83/2 e 84, ora unificate nella p. f. 83/1 di mq. 1901;

premessso che il proprietario delle pp. ff. sopra citate, signor Giovanni Visentin fu Ettore, non accettava la valutazione fatta dalla S.p.a. Autobrennero delle terre espropriate;

premessso che sulle terre espropriate sorgono costruzioni;

premessso che l'autostrada costituisce un costante danno per il Visentin e che il terreno espropriatogli rompe un equilibrio fondiario di notevole importanza per la sopravvivenza e redditività dell'azienda agricola del citato Visentin;

premessso che l'attività agricola, almeno a scritti ed a parole, è convincimento unanime che va tutelata evitando gli espropri facili, e quando essi si rivelano indispensabili dovrebbe essere obbligo morale indennizzarli adeguatamente;

premessso che la valutazione della S.p.a. Autobrennero e la valutazione dell'espropriato, effettuata da un tecnico ad hoc autorizzato, sono notevolmente differenti;

premessso che la S.p.a. Autobrennero ha come proprio socio la Regione Autonoma Trentino-Südtirol e che l'Ente pubblico dovrebbe non già danneggiare il cittadino, bensì tutelarlo,

il sottoscritto consigliere regionale dott. Domenico Fedel chiede di poter interrogare il signor Presidente della Giunta regionale per sapere:

1) quali sono i beni espropriati al signor Visentin Giovanni fu Ettore in CC. Grumo di San Michele dalla Società Autobrennero;

2) quando furono espropriati e occupati dalla S.p.a. Autobrennero;

3) a quanto ammonta la valutazione fatta dalla S.p.a. Autobrennero e quella fatta dall'espropriato dei propri beni;

- 4) per quale motivo la S.p.a. Autobrennero non abbia con decisa volontà cercato un accordo con l'espropriato;
- 5) la cronistoria della vicenda nelle sue fasi significative;
- 6) se è possibile ottenere copia dei documenti e della corrispondenza relativi alla vertenza di esproprio fra il Visentin e la S.p.a. Autobrennero;
- 7) se non ritiene di condividere il pensiero della Regione, in quanto socia dell'Autobrennero, che dovrebbe ergersi a giusta tutrice dei cittadini, nel caso specifico dei contadini, anziché consentire che essi siano oggetto di danni e soprusi che minano alla radice la sopravvivenza delle aziende agricole.

In base al Regolamento chiede risposta scritta.

Con osservanza.

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta Marziani, d.d. 17.3.1977:

— Egregio Consigliere,

mi riferisco all'interrogazione ... 139 recante la data 25 febbraio scorso, rivoltami dalla S.V. e pervenuta il successivo 8 marzo, per comunicarle gli elementi di conoscenza da Lei richiesti in ordine alla posizione del Signor Giovanni Visentin, proprietario di alcuni terreni in C.C. di Grumo, nei confronti della S.p.A. Autostrada del Brennero, della quale la Giunta regionale è azionista.

Per la costruzione dell'autostrada del Brennero, in C.C. Grumo di S. Michele, venne autorizzata, con decreto del Commissario del Governo nella Regione Trentino-Alto Adige, l'occupazione d'urgenza di alcuni terreni di proprietà del signor Giovanni Visentin fu Ettore, occupazione che divenne effettiva il 28 luglio 1966 e si estese, a lavori ultimati, su una superficie complessiva di mq. 1.901.

Come con tutti gli altri proprietari interessati dalla realizzazione dell'autostrada, anche con il signor Visentin vennero subito avviate - da parte della società - trattative per un accordo bonario sull'ammontare dell'indennità da corrispondere per l'espropriazione dei terreni di sua proprietà; tali trattative, sin dall'inizio, si rivelarono tuttavia estremamente difficili, per la profonda divergenza esistente fra le valutazioni effettuate dai tecnici incaricati dalla società e le richieste del si-

gnor Visentin: di fronte ad un'offerta di circa 10, - 11 milioni effettuata dai predetti tecnici della società, si collocava una richiesta di circa 35 milioni da parte del signor Visentin.

I tentativi per trovare una possibile soluzione della vertenza furono numerosi ma, di fronte alla persistente richiesta del signor Visentin di volersi veder riconosciuta l'indennità pretesa, la società non poté far altro che dar corso alla formale procedura espropriativa, prevista dalle norme di legge vigenti: venne pertanto richiesto all'ANAS di procedere ai sensi del II comma dell'art. 11 della legge 24.7.1961 n. 729, alla redazione della stima relativamente ai terreni di proprietà del signor Visentin.

Detta stima, elaborata dagli uffici tecnici dell'ANAS e con il parere dell'Ufficio Tecnico erariale di Trento, approvata dalla Direzione generale dell'ANAS, determinava in Lire 12.586.620.- l'ammontare complessivo della indennità spettante al signor Visentin, ed il Tribunale di Trento, con provvedimento di data 12 luglio 1972, ordinava alla società il deposito nella Cassa depositi e prestiti della predetta somma, a titolo di indennità di esproprio e di occupazione temporanea dei terreni di proprietà del signor Visentin.

Dopo che la società aveva provveduto, in data 8 agosto 1972, al versamento della somma, il Commissario del Governo nella Regione Trentino-Alto Adige con decreto di data 15 settembre 1972 pronunciava la espropriazione ed autorizzava l'occupazione definitiva, a favore della società, dei beni di proprietà Visentin, occorsi per l'esecuzione dei lavori di costruzione dell'Autostrada del Brennero. Il decreto veniva notificato all'interessato in data 2 ottobre 1972 e questi, ai sensi dell'art. 51 della legge 25 giugno 1865 n. 2359 conveniva la società dinanzi al Tribunale di Trento, proponendo opposizione avverso l'indennità di espropriazione così come determinata dai competenti uffici dell'ANAS.

Con sentenza n. 60 di data 6 febbraio 1975 - che viene allegata in copia - il Tribunale di Trento determinava in Lire 11 milioni e 726 mila, oltre gli interessi, la indennità spettante al signor Visentin per l'espropriazione e l'occupazione temporanea dei terreni di sua proprietà occorsi per la costruzione dell'autostrada del Brennero.

Tale sentenza è passata in giudicato, non essendo stato proposto dal signor Visentin tempestivo appello: la vertenza tra la società per l'Autostrada e il signor Visentin, pertanto, è definitivamente conclusa, nel pieno rispetto delle norme che regolano l'espropriazione per pubblica utilità.

Se non lo ha fatto, il signor Visentin dovrà ora richiedere che la somma già depositata venga svincolata a suo favore, mentre la somma a lui spettante a titolo di differenza fra quanto già depositato e quanto deciso in sentenza (somma che è stata anche arrotondata a favore del signor Visentin, in base ad accordi intervenuti con il suo legale) trovasi a disposizione dell'interessato dal luglio del 1975 presso la sede della società, fatto questo già reso noto al signor Visentin, che tuttavia anche dopo il passaggio in giudicato della sentenza del Tribunale di Trento, non ha desistito, in numerosi colloqui avuti con i dirigenti della società, di pretendere un diverso e più alto ammontare dell'indennità, quando essa è già stata invece ormai fissata dalla predetta sentenza.

E' quindi da ritenere, alla luce di quanto esposto, che nessuna possibilità di intervento sia consentita alla scrivente amministrazione.

Con i migliori saluti >>

Interrogazione n. 140 del cons. Fedel, sulla ditta appaltatrice dei lavori di pulizia degli uffici della Regione in Trento:

Premesso che la Regione appalta i lavori di pulizia dei propri uffici a ditte private, il sottoscritto consigliere regionale dott. Domenico Fedel chiede di poter interrogare il signor Presidente della Giunta regionale:

- 1) per sapere quanti dipendenti abbia la ditta appaltatrice dei lavori di pulizia degli uffici della Regione, relativamente alla Regione stessa;
- 2) per sapere a quanto ammonta l'importo che la Regione versa alla ditta appaltatrice;
- 3) per sapere quali sono gli edifici ed i locali che l'impresa di pulizie deve curare;
- 4) per sapere se i dipendenti della ditta appaltatrice sono garantiti nei loro diritti sindacali sanciti dai contratti;
- 5) per avere copia del contratto che regola i rapporti fra la Regione e la ditta appaltatrice;
- 6) per avere copia del contratto che lega i dipendenti della ditta alla ditta stessa.

In base al Regolamento chiede risposta scritta.

Con osservanza.

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta Marziani, d.d. 15.3.1977:

Egregio Consigliere,

in riferimento alla richiesta prospettata con l'interrogazione n. 140, di data 3 marzo, pervenuta il giorno 10 marzo successivo, fornisco alla S.V. gli elementi di conoscenza di seguito indicati.

Il servizio per la pulizia degli Uffici centrali regionali è regolarmente affidato in appalto, previa gara di licitazione privata espletata il 26 marzo 1976, alla ditta Tomasi-Battisti Agnese, con sede a Trento - via Dosso Dossi, 21 - risultata vincitrice della gara di licitazione alla quale erano state invitate cinque ditte abilitate, con sedi nelle province di Trento e di Bolzano. L'appalto relativo al servizio di pulizia è disciplinato da una serie di norme, contenute nel Capitolato speciale, alle quali la ditta appaltatrice deve attenersi.

Per opportuna conoscenza allego copia del verbale di licitazione privata e di aggiudicazione e del Capitolato speciale di appalto sopra menzionato, sottoscritto dai legali rappresentanti della Regione e della ditta aggiudicataria del servizio.

Con riferimento alla prima richiesta della S.V. comunico che la ditta appaltatrice, a norma dell'art. 15 del Capitolato speciale, ha fornito un elenco di personale adibito ai servizi, che si concreta in:

- a) personale femminile: n. 15 persone, inclusa la persona responsabile del servizio;
- b) personale maschile: n. 14 persone (addette alla pulizia dell'interato, vetri, scale, atri, cortili, garage, marciapiede, ecc.).

Tutto questo personale lavora mediamente n. 5 ore giornaliere, domenica esclusa.

Per le pulizie straordinarie (strutture esterne, vetrate, ecc.) vengono impiegate periodicamente apposite squadre di operai fornite dalla ditta appaltatrice.

Con riferimento alla seconda richiesta della S.V. comunico che il corrispettivo dell'appalto è quantificato in L. 7.345.000 mensili.

Con riferimento alla terza richiesta della S.V. comunico che la ditta cura la pulizia dei locali del palazzo sede degli uffici della Giunta regionale, del Consiglio regionale e aula consiliare, del seminterrato, compresi l'autorimessa, gli archivi ed i locali caldaia e della Corte dei conti in Trento, via Roma n. 94.

Con riferimento alla quarta richiesta comunico che, a norma dell'art. 16 del capitolato speciale, la ditta è impegnata formalmente

al rispetto della normativa sulle assicurazioni sociali e del contratto collettivo nazionale di lavoro previsto per la categoria. E' ovvio che, avendo l'Amministrazione scelto la forma dell'appalto ad impresa privata, i rapporti diretti tra ditta e dipendenti possono costituire oggetto di sorveglianza da parte dell'Amministrazione, che si è riservata il diritto di rescindere il contratto.

Per quanto riguarda il punto 5 delle richieste della S.V. allego copia del contratto di appalto.

Con riferimento alla richiesta indicata al punto 6 allego copia della dichiarazione rilasciata dalla titolare dell'impresa appaltatrice del servizio di pulizia nella quale vengono precisati i termini del rapporto di lavoro privatistico in atto tra l'impresa ed i lavoratori addetti al servizio stesso.

Distintamente »

↑

Interrogazione n. 141 del cons. Betta sulle modifiche alla legge per l'ordinamento dei Comuni:

Risulta che la Giunta provinciale di Trento ha dato, in occasione delle recenti crisi comunali di Lavis e di Trento, una interpretazione dell'articolo 10 della legge regionale 31 marzo 1971, n. 6 sull'ordinamento dei Comuni, contrastante con un principio fondamentale dell'ordinamento giuridico che è quello della "prorogatio", e cioè della permanenza in carica degli organi collegiali dimissionari fino alla loro sostituzione.

Si interroga pertanto il Presidente della Giunta regionale e l'Assessore competente al fine di conoscere l'atteggiamento che la Giunta stessa intende assumere nei confronti di tale interpretazione, che ha come conseguenza pratica quella di mettere le amministrazioni comunali suddette in gravissime difficoltà operative anche per quanto riguarda l'ordinaria amministrazione.

Qualora la Giunta regionale condivida l'interpretazione anzidetta si chiede che la stessa si faccia carico di proporre con apposito disegno di legge le necessarie modifiche alla legge sull'ordinamento dei Comuni in modo che tale interpretazione, che oggi si appalesa illogica e antiggiuridica, trovi fondamento in una norma positiva.

Si richiede risposta scritta.

Distintamente.

Leggo la risposta dell'assessore Bertorelle, d.d. 7.4.1977:

Oggetto: interrogazione del consigliere regionale rag. Claudio Betta prot.n. 1273 Cons.reg. del 14 marzo 1977 - pervenuta il 18 marzo 1977.

Vista l'interrogazione n.141 dell'11 marzo 1977, con la quale la S.V.Ill.ma chiede di poter interrogare il Presidente della Giunta regionale e l'Assessore competente circa l'atteggiamento che la Giunta stessa intende tenere nei confronti di talune interpretazioni date della normativa regionale sull'Ordinamento dei Comuni da parte della Giunta provinciale di Trento, così almeno Lei afferma, in occasione delle recenti crisi delle Giunte comunali di Trento e Lavis, si precisa che esperiti gli opportuni accertamenti presso gli Uffici di Trento, non risulta che la Giunta provinciale abbia preso altri provvedimenti al di fuori di quelli di vistare a' sensi dell'art.44 bis della L.R. 21 ottobre 1963, n.29, le deliberazioni consiliari con le quali venivano accettate le dimissioni delle Giunte comunali e dei Sindaci di Trento e Lavis.

Si ha ragione di ritenere pertanto che la decisione di sostituire Sindaco e Giunta dimissionaria con il consigliere anziano sia nata all'interno delle Amministrazioni comunali interessate di Trento e Lavis.

La legislazione regionale in materia di ordinamento dei Comuni, così come la legislazione statale, ha sempre accomunato nella disciplina sia il caso di decadenza che di dimissioni volontarie. Ora mentre l'art.14 della legge regionale sull'ordinamento dei Comuni regola i casi di decadenza dalla carica di Sindaco, Assessore o di Consigliere comunale, l'art.14 bis della legge medesima disciplina i casi di dimissioni volontarie dalle cariche predette. Un unico articolo, il 17, del regolamento di esecuzione della L.R. n.29, detta norme in tema di decadenza e dimissioni: certamente nè i due articoli di legge, nè quelli del regolamento fanno palesamente rinvio al principio della "pro rogatio". L'art.17 della succitata L.R. n.29, statuisce però che nel caso di revoca del Sindaco e della Giunta, a seguito di mozione di sfiducia del Consiglio comunale, "questi cessano dall'ufficio esercitando le sole funzioni di ordinaria amministrazione fino alla loro sostituzione"; tale normativa fa certamente riferi

mento al principio della "prorogatio".

C'è di più: l'art. 11 della L.R. 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni, recante norme sulla composizione ed elezione degli organi delle Amministrazioni comunali, all'ultimo comma dice "Il Sindaco e la Giunta restano in carica sino al giorno in cui il Sindaco nuovo eletto ha prestato giuramento".

In dottrina il problema se il principio della "prorogatio" sia estensibile anche ai casi di dimissioni volontarie, è alquanto controverso e dibattuto. Taluni, come il Giovenco, ritengono senza dubbio applicabile il suddetto principio anche ai casi di dimissioni volontarie, altri come il Princivalle, ritengono al contrario, forse più per ragioni di opportunità politica che per ragioni giuridiche che i dimissionari vengano sostituiti dal Consigliere anziano che altro non fa che convocare il Consiglio comunale per la elezione del Sindaco e degli Assessori comunali.

Volendo quantificare le due opposte dottrine, si potrebbe indicare una certa prevalenza per l'applicazione del principio della prorogatio, e in tal senso la giurisprudenza del Consiglio di Stato interviene ad avvalorare tale interpretazione, essendosi trovata una pronuncia in merito a tale problema, che seppur remota, 21 luglio 1887, recita "per costante giurisprudenza le attribuzioni della Giunta non possono cessare in seguito alle dimissioni dei membri che la compongono continuando legalmente questi nelle loro funzioni fino all'installazione dei loro successori".

Si ritiene comunque più consono a garantire il principio generale ed indiscusso che il servizio della ccsa pubblica non deve mai subire interruzione, l'applicazione della "prorogatio", che il subentrare a Sindaco ed Assessori dimissionari da parte del Consigliere anziano, stante la di lui impossibilità a continuare anche la sola ordinaria amministrazione con conseguente paralisi della Amministrazione comunale, specie se la convocazione del Consiglio comunale per la elezione dei nuovi organi, Sindaco e Giunta, tarda a venire.

Distinti saluti.)

Interrogazione n. 142 del cons. Crespi riguardante la rivista "Regione cronache", edita dalla Giunta regionale:

Il sottoscritto, Consigliere regionale dott. ing. Alberto Crespi, chiede di interrogare l'on. Presidente della Giunta per conoscere:

- 1) quante copie del numero speciale della rivista Regione Trentino-Alto Adige "L'accordo di Parigi, a trenta anni dalla firma dei patti De Gasperi-Gruber" sono state tirate;
- 2) a quanto è ammontato il costo complessivo di tale numero speciale;
- 3) quali sono stati i compensi pagati singolarmente ai vari collaboratori e redattori del numero speciale;
- 4) a chi e con quale criterio sono state distribuite le copie del suddetto numero speciale.

Si richiede risposta scritta.

Con osservanza.

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta Marziani, d.d. 28.3.1977:

Egregio Consigliere,

mi è pervenuta l'interrogazione recante la data del 17 marzo scorso (n. 142), con la quale Lei mi chiede alcune notizie in ordine alla pubblicazione del numero speciale della Rivista "Regione Trentino-Alto Adige" dedicata alla ricorrenza dei 30 anni dalla firma del patto De Gasperi - Gruber, sottoscritto a Parigi il 5 settembre 1946.

Le fornisco i chiarimenti richiesti, premattendo che la pubblicazione, ritenuta opportuna dalla Giunta regionale nella importante circostanza della scadenza dei 30 anni dalla firma dell'Accordo di Parigi, è stata concepita per fornire qualificati elementi atti a sollecitare un approfondimento costruttivo della problematica e favorire una migliore conoscenza di ciò che costituisce la base della vita socio-politica della nostra Regione e soprattutto della convivenza etnica nel nostro territorio.

In particolare la Giunta regionale ha ritenuto che l'o

pera, soprattutto per il qualificato contenuto storico e giuridico dei vari saggi, potesse essere di notevole interesse per gli ambienti del mondo della cultura; con speciale riferimento a università, istituti storici e di cultura e scuole in generale.

Una particolare attenzione è stata riservata al mondo della scuola; visto anche l'eccezionale interesse manifestato da molti insegnanti e studenti.

In questo contesto generale si è ritenuto opportuno interessare anche il mondo austriaco ed ambienti culturali e politici svizzeri e germanici.

Essenzialmente le varie copie sono state inviate a: consiglieri regionali in carica ed ex consiglieri regionali, Università e docenti universitari, istituti storici e culturali, partiti, parlamentari, scuole, insegnanti, biblioteche, categorie professionali, amministrazioni locali, ministeri, ambasciate, consolati, circoli trentini nel mondo, giornalisti, autorità, organi delle Regioni a Statuto speciale e ordinario.

Considerando che, prescindendo dalle spedizioni effettuate da parte dell'Amministrazione regionale, sono già pervenute moltissime richieste da vari ambienti universitari e scolastici a vario livello, nonché da parte di organizzazioni politiche e di rappresentanze diplomatiche, in previsione di ulteriori richieste attualmente non prevedibili, si è ritenuto opportuno conservare un certo numero di copie presso gli uffici dell'Amministrazione, in modo da poter evadere future richieste.

Ciò premesso, La informo che del numero speciale della rivista "Regione Trentino Alto Adige - Region Trentino-Südtirol" sul trentesimo dell'Accordo Degasperi Gruber, sono state tirate 12.500 copie in edizione completamente bilingue.

Il costo complessivo del numero speciale di Lire 32.612.819, indubbiamente di un certo rilievo, deriva da certe componenti e precisamente: le spese di stampa, attraverso la Tipografia Arti Grafiche Saturnia di Bolzano, la quale provvede, a seguito di apposito atto di licitazione, alla stampa della rivista "Regione Trentino Alto Adige"; l'impostazione grafica, che ha dovuto essere particolarmente curata da esperti, sia per assicurare la bilinguità del volume, sia per l'inserimento di riproduzioni fotografiche e di altri testi; la traduzione in lingua tedesca di tutti gli studi e la traduzione da altre lingue di studi pervenuti nella lingua materna degli autori; la spesa per acquistare la documentazione fotografica, parte della quale ha dovuto essere reperita direttamente a Vienna; gli articoli parla-

mentari e storici.

Gli studiosi che hanno collaborato, alla composizione e redazione del volume sono stati: il prof. Umberto Corsini, il prof. Ennio di Nolfo, il prof. Pietro Pastorelli, il giornalista dott. Ettore Petta, il giornalista signor Lino Guardini, il prof. Alessandro Pizzorusso, il dott. Theodor Veiter, il prof. Karl Stuhlpfarrer, il sig. Engelbert Waschietl, il prof. Felix Ermacora, il signor Karl Heinz Ritschel, il prof. Antony E. Alcock, il dott. Friedl Volgger, il giornalista dott. Franz Volgger.

L'Amministrazione regionale ha ritenuto, dopo avere acquisito elementi di conoscenza, presso gli enti ed istituti, di poter liquidare a tutti i collaboratori un compenso di Lire 10 mila per ogni pagina di testo ammessa alla pubblicazione: di conseguenza i compensi sono variati da un minimo di Lire 100.000 a un massimo di Lire 600.000 comprensivi, in alcuni casi, della collaborazione prestata per la ricerca di tutti gli autori e per l'impostazione complessiva del volume.

E' gradita l'occasione per inviare i migliori saluti.

Interrogazione n. 143 del cons. Manica, riguardante la pubblicazione regionale "Aggiornamenti - Aktuell":

Il sottoscritto Consigliere regionale Nereo Manica, presa visione dei contenuti del n. 3 della pubblicazione regionale "Aggiornamenti - Aktuell";

notata la limitatezza dei contenuti stessi per cui, ad esempio, sul piano della situazione economica, ci si limita a riportare notizie riprese praticamente e di sana pianta dalle pubblicazioni precedentemente edite dalle Camere di commercio, industria, agricoltura, artigianato di Trento e di Bolzano, con l'aggiunta, semmai, di qualche articolo-commento, che di per se', non pare sufficiente a giustificare una apposita pubblicazione;

notato, ancora e per di più, anche se la cosa non data da ora, che nella parte dedicata ai disegni di legge presentati al Consiglio regionale nel periodo gennaio-giugno 1976 non si fa neppure menzione dei disegni di legge presentati dalle minoranze a proposito dei quali si cita come esemplificativo ed emblematico il disegno di legge socialista n. 48 del 2 aprile 1976 sulla estensione del diritto di voto ai diciottenni, sui casi di ineleggibilità a Consigliere regionale, sui ca

si di incompatibilità con la carica di Consigliere regionale e sui cosiddetti "doppi" stipendi dei dipendenti - Consiglieri regionali;

assodato, pertanto, che anche sul piano della documentazione ed informazione relativa alla vita legislativa regionale, la pubblicazione risulta insufficiente e parziale se non addirittura obiettivamente partigiana come sarebbe, forse, più giusto definirla;

i n t e r r o g a

il signor Presidente della Giunta regionale per sapere:

1) se ritiene di poter condividere in tutto od in parte o meno le considerazioni di massima espresse in premesa;

2) se ritiene giusto, in particolare, che una pubblicazione fatta con i soldi della Regione si limiti ad esempio a dare notizia dei soli disegni di legge presentati dalla Giunta regionale ignorando quelli presentati dalle minoranze;

3) quanto costa alla Regione la pubblicazione in parola e se ritenga bene impiegata la spesa per la stessa;

4) quale diffusione ed a chi è rivolta la pubblicazione, nonché se la ritenga utile così come è impostata o se non ritenga piuttosto di valutare l'opportunità di usare i soldi in modo più vantaggioso per la comunità regionale;

5) se, mantenendo in vita la pubblicazione, non ritenga di dover far assumere alla pubblicazione stessa un indirizzo più attinente ai compiti istituzionali, al ruolo ed alla funzione della Regione Trentino-Alto Adige come tale, più puntuale, specialistico e visto nel quadro più ampio della vita politica, economica e sociale delle altre Regioni italiane, oltrechè, naturalmente, di quella europea.

L'interrogante chiede risposta scritta.

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta Marziani, d.d. 4.4.1977:

Egregio Consigliere,

mi è pervenuto il testo dell'interrogazione n. 148 recante la data del 28 marzo scorso, con la quale, prendendo lo spunto dal fascicolo n. 3 della rivista periodica edita a cura della Giunta regionale "Aggiornamenti-Aktuell", vengono formulati alcuni quesiti ai quali mi accingo a dare risposta.

Desidero peraltro premettere alcune note di chiarimento e di puntualizzazione.

La rivista regionale "Aggiornamenti-Aktuell" ha avuto inizio fin dall'anno 1964 e sia pure con contenuti diversi e attraverso modifiche anche tipografiche, ha perseguito fondamentalmente una linea di documentazione e di informazione delle principali tematiche che investono la situazione economica regionale, nonché problemi che toccano direttamente o indirettamente le competenze della Regione.

Naturalmente in questi ultimi anni la rivista riflette i tentativi compiuti ad adeguare i propri contenuti alle nuove competenze regionali derivanti dalla riforma statutaria del novembre 1971 attraverso un'impostazione, tuttora sperimentale, che, oltre alla pubblicazione in edizione bilingua, prevede di dare più largo spazio ai temi attinenti ai compiti dell'Ente e, nel contempo, di ridurre la paginatura destinata all'analisi dell'andamento economico, limitandola ad una breve illustrazione e ad una sintetica documentazione dei principali fenomeni socio-economici provinciali ricondotti ad un quadro regionale: in breve indirizzo, di cui si è avuta una prima manifestazione con il fascicolo 1/2 1976 dedicato ai problemi delle minoranze linguistiche e più recentemente ai problemi europei, tende alla realizzazione di numeri monografici.

Poichè la S.V. nell'interrogazione in riferimento si esprime a riguardo di una presunta "limitatezza dei contenuti della rivista" mi pare di non poter assolutamente condividere tale giudizio che, se riferito al solo fascicolo n. 3/1976 della rivista è certamente inadeguato, e se riferito all'intero arco di esistenza della pubblicazione non può

non essere dovuto ad insufficiente conoscenza dei contenuti della pubblicazione.

Mi pare necessario sottolineare come la rivista si collochi in una sua funzione originale, nel senso di considerare le problematiche economiche in un'ottica e nella dimensione regionale, o talvolta nazionale ed europea, integrando quindi le notizie e le pubblicazioni che, a vari livelli, informano opinione pubblica ed operatori economici.

A questo scopo l'Amministrazione regionale si è sempre avvalsa anche della collaborazione delle due Camere di commercio di Trento e di Bolzano le quali hanno fornito dati ed informazioni: il che può portare ad una certa sovrapposizione e ripetizione di informazioni che si cercherà di eliminare già con il prossimo numero della rivista.

Per quanto riguarda la sezione della rivista dedicata ai disegni di legge è opportuno reconsiderarne l'impostazione, prevedendo maggiore spazio all'attività del Consiglio e dei Gruppi consiliari. Comunque fin dal prossimo numero della rivista saranno segnalati i contenuti dei disegni di legge di iniziativa consiliare.

Per quanto riguarda i costi della pubblicazione, informo la S.C. che mediamente ogni fascicolo comporta un onere di lire 2.500.000.- : tengo a sottolineare che oltre la metà del costo è dovuto a spese di traduzione in lingua tedesca del testo pubblicato.

In ordine alla diffusione della rivista, faccio presente che fin a qualche mese fa la pubblicazione veniva edita in 800 copie ma, a seguito delle numerose richieste pervenute da enti, associazioni e privati all'Amministrazione regionale, il numero delle copie è stato elevato a 1.200.

I destinatari della rivista sono principalmente: i parlamentari ed i consiglieri regionali, i comuni, i comprensori e le comunità di valle, i partiti, i sindacati, le organizzazioni professionali di categoria, gli istituti di credito, gli istituti di previdenza e assistenza, gli uffici statali, regionali e provinciali, enti ed associazioni economiche, le Regioni a statuto ordinario e speciale, esperti, studiosi, riviste specializzate e stampa periodica.

Per quanto riguarda la richiesta relativa alla revisione della impostazione della rivista, Le faccio presente che da parte degli uffici regionali è stato predisposto un programma pluriennale per adeguarla sempre meglio alle esigenze di studio e di documentazione dei problemi regionali, considerati anche nel più vasto contesto nazionale ed internazionale.

In questo quadro eventuali suggerimenti e proposte che dovessero pervenire sia dalla S.V. che da parte degli altri membri del Consiglio regionale saranno apprezzate dalla redazione della rivista.

Alla luce dei chiarimenti che Le ho esposto, mi auguro che la S.V. possa riconsiderare i giudizi espressi con la interrogazione in riferimento.

Distintamente >>

PRESIDENTE: Damit haben wird den letzten Punkt der Tagesordnung behandelt. Die Sitzung ist geschlossen. Der Regionalrat wird zum gegebenen Zeitpunkt einberufen werden.

Abbiamo esaurito così l'ordine del giorno. La seduta è chiusa. Il Consiglio regionale verrà convocato a domicilio.

(Ore 11.45).